

Anwalt des Volkes? Populismus in Deutschland und Europa

In den politischen Debatten der Gegenwart gehört das Wort „Populismus“ zu den meistbenutzten Vokabeln. Es ist ein Allerweltsbegriff ohne scharfe Konturen, aber mit stark wertender, ja *abwertender* Tendenz.

In Deutschland verbindet sich das Wort „Populismus“ zumeist mit der Vorsilbe „Rechts-“. Als Rechtspopulisten gelten zum Beispiel Donald Trump in den USA, Nigel Farage in England, Marine Le Pen in Frankreich, Beatrix von Storch in Deutschland, Viktor Orbán in Ungarn, Jarosław Kaczyński in Polen, Benjamin Netanjahu in Israel,¹ Rodrigo Duterte auf den Philippinen, Narendra Modi in Indien, Jair Bolsonaro in Brasilien – und so weiter und so fort.

Weniger üblich, aber auch nicht ungewöhnlich, ist die Kombination des Wortes Populismus mit der Vorsilbe „Links-“. Als linkspopulistisch bezeichnet man Parteien wie die „Fünf-Sterne-Bewegung“ in Italien, „La France insoumise“ in Frankreich, „Podemos“ in Spanien, „Die Linke“ in Deutschland, den argentinischen Peronismus oder die Gefolgschaft von Hugo Chávez und Nicolás Maduro in Venezuela. Gelegentlich wird der US-amerikanische Populismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als progressive Bewegung eingestuft,² und die lateinamerikanische Linke sieht in der Bezeichnung „populistisch“ keinen Vorwurf, sondern ein Lob.³

In Italien regiert derzeit – um die Verwirrung komplett zu machen – eine gelegentlich als „panpopulistisch“ bezeichnete Koalition von Rechts- *und* Linkspopulisten. Es gibt auch

¹ Siehe *King Bibi: a parable of modern populism*. In: The Economist vom 30. März 2019, S. 13.

² Vgl. Michael Zöller: *Bringing Religion Back In: Elements of a Cultural Explanation of American Democracy*. Washington, D.C. 1998 (German Historical Institute Washington, D.C., Occasional Paper No. 21), S. 21.

³ Vgl. Sandra Weiss: *Die Lehre des südamerikanischen Populismus*. In: ipg journal vom 8. März 2015 (<https://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/die-lehre-des-suedamerikanischen-populismus-826/>).

„Populisten der Mitte“; dazu könnte man die „Aktion Unzufriedener Bürger“ (ANO 2011) des tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš zählen. Der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow zeigt in seiner lesenswerten Studie über „Die Politische Ökonomie des Populismus“,⁴ dass – und weshalb – der Populismus nördlich der Alpen und der Pyrenäen überwiegend rechts, südlich davon überwiegend links steht. Ein kleines Schlaglicht erhellt dieses spiegelverkehrte Bild: Deutsche Populisten halten ihr Land für ein Opfer und Italien für den Hauptnutznießer des Euro; italienische Populisten halten Deutschland für den Hauptnutznießer und ihr Land für ein Opfer des Euro.

Was haben all diese – doch sehr unterschiedlichen – Personen, Parteien und Bewegungen miteinander gemeinsam? Das ist die **erste** Frage, die ich heute Abend zu beantworten versuche. Dieses Vorhaben ist nicht ganz einfach, denn in der politischen Arena wird das Wort „Populismus“ in der Regel nicht als neutrales Etikett für ein bestimmtes Phänomen benutzt, sondern, wie schon erwähnt, als negative Bezeichnung, als Vorwurf an die Adresse politischer Gegner. Das möchte ich vermeiden, zugleich aber auch die Karten auf den Tisch legen und bekennen, dass ich erhebliche Vorbehalte gegen den Populismus habe – in *allen* seinen Varianten, ob rechts, links oder Mitte. Das hat in erster Linie etwas mit meinem Verständnis von Politik und Rechtsstaatlichkeit zu tun: Ich bin ein entschiedener Anhänger der repräsentativen Demokratie und möchte nicht, dass der populistische Traum von der unmittelbaren Volksherrschaft die Institutionen einer freiheitlich verfassten Republik – insbesondere den Grundsatz der Gewaltenteilung – unterminiert.

Ich wähle Abgeordnete nicht dafür ins Parlament, dass sie täglich an der kurzen Leine eines imperativen Mandats gehalten werden, sondern dafür, dass sie redlich und fleißig ihren harten Job machen. Deshalb sollen sie nicht „an Aufträge und Weisungen ... gebunden“, sondern „nur ihrem Gewissen unterworfen“ sein (Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GG) – was ihnen sogar das Recht gibt, sich dem Druck zur Konformität mit der eigenen Fraktion („Fraktionszwang“) zu entziehen. Es setzt natürlich Vertrauen voraus, jemandem eine so weitgehende Vollmacht zu erteilen. Unter Anhängern populistischer Parteien ist solches Vertrauen seltener anzutreffen als unter Anhängern traditioneller Parteien – auf der einen Seite. Auf der

⁴ Berlin 2018 (edition suhrkamp, Band 2728). Eine Kurzfassung seiner Thesen veröffentlichte Manow vorab in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29. Januar 2018, S. 7, unter der Überschrift *Links und rechts – zwei Spielarten des Populismus*.

anderen Seite sind sie eher bereit, jenen Parteien zu vertrauen, die ihnen erklären, das Volk werde von den traditionellen Parteien belogen und betrogen. Doch dazu später mehr.

Mir ist es auch lieber, unabhängige Berufsrichter urteilen „Im Namen des Volkes“, als dass eine politisierte Justiz dem so genannten „gesunden Volksempfinden“ hinterher läuft. Was „gesund“ ist und was nicht, muss in einer vernunftgeleiteten, institutionalisierten Debatte geklärt werden; der Volkszorn war noch nie ein guter Ratgeber. Um nur ein Beispiel für populistische Attacken auf die Justiz zu nennen: Am 4. November 2016 brandmarkte das englische Boulevardblatt „Daily Mail“ auf der Titelseite drei Richter des *High Court of England and Wales* mit einer fetten Schlagzeile als „Feinde des Volkes“ (ENEMIES OF THE PEOPLE).⁵ Sie hatten entschieden, das müsse Unterhaus aus verfassungsrechtlichen Gründen der Erklärung des Austritts von Großbritannien aus der EU zustimmen.

Trotz aller Vorbehalte gegen Populismus werde ich mich nach besten Kräften bemühen, von meinem eigenen Urteil abzusehen. Das ist auch deshalb notwendig, weil populistische Kritik manche Schwächen der Politik von sogenannten „etablierten“ oder „Mainstream“-Parteien durchaus offenlegt. Zum guten demokratischen Stil gehört, sich einer solchen Herausforderung zu stellen und nicht die Augen davor zu verschließen. Ich muss mir nicht meine Nase abschneiden, weil Populisten eine haben.

Übrigens bedienen sich auch „etablierte“ Parteien populistischer Methoden. Um das festzustellen, muss man nicht in ein bayerisches Bierzelt gehen. In Parteizentralen und Staatskanzleien werden Meinungsumfragen sehr genau studiert – und allzu oft wird die demoskopisch ermittelte Mehrheitsmeinung zur Richtlinie der Politik. Dieser Mainstream-Populismus, wie man ihn nennen könnte, ist in der Regel unschädlich – aber er taugt nicht für große Weichenstellungen. Wir müssen Konrad Adenauer dankbar sein, dass er in entscheidenden Momenten der Nachkriegsgeschichte der Versuchung zum Populismus widerstanden hat. Berühmt geworden ist eine Anekdote aus den Anfangszeiten der Bundesrepublik. Als sich Adenauer vor der Bundestagswahl 1953 für die Wiederbewaffnung entschied, warnte ihn sein Pressesprecher Felix von Eckardt unter Hinweis auf eine

⁵ Siehe <https://www.dailymail.co.uk/news/article-3903436/Enemies-people-Fury-touch-judges-defied-17-4m-Brexit-voters-trigger-constitutional-crisis.html>.

Allensbach-Umfrage: Eine überwältigende Mehrheit der Wähler sei dagegen, der Kanzler solle das Thema unbedingt aus dem Wahlkampf heraushalten. Darauf entgegnete ihm Adenauer sinngemäß: Nein, ich bleibe dabei – und Ihre Aufgabe als Regierungssprecher ist es, die Leute von der Richtigkeit meines Vorhabens zu überzeugen. Wenig später gewann Adenauer die Bundestagswahl mit über 45 Prozent der Stimmen.⁶ Ich weiß nicht, ob unser politisches Personal in Berlin heute noch so viel Standfestigkeit aufbrächte.

Die **zweite** Frage lautet: Wenn es tatsächlich so etwas wie Populismus gibt, wenn es sich nicht nur um ein Schlagwort zur Herabsetzung des politischen Gegners handelt, was sind die Ursachen für den Aufstieg populistischer Anführer, Parteien und Bewegungen in den vergangenen Jahren? **Drittens** und letztens möchte ich einige Überlegungen dazu anstellen, welche Zukunft der Populismus hat und wie die „etablierte“ Politik darauf reagieren kann und sollte.

Bei der Themenstellung kam es mir sehr darauf an, auch die europäische Dimension des Populismus in den Blick zu nehmen. Das hat nicht so sehr mit aktuellen Ereignissen zu tun – namentlich mit der Brexit-Diskussion in Großbritannien und der Europawahl am 26. Mai. Vielmehr geht es mir darum, Relationen herzustellen. Man sagt uns Deutschen ja den Hang zu Weltuntergangsstimmungen nach (dazu läuft gegenwärtig im Bonner Haus der Geschichte die sehenswerte Ausstellung „Angst – Eine deutsche Gefühlslage?“), aber wenn wir den Zustand des politischen Systems in Deutschland mit demjenigen in anderen europäischen Ländern vergleichen, so werden wir feststellen, dass bei uns immer noch ein vergleichsweise hohes Vertrauen in die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland herrscht. So ist bei den Deutschen das parlamentarisch-repräsentative System populärer als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten.⁷ Gleichwohl ist auch bei uns die Vorstellung verbreitet, dass nur direkte Demokratie „wahre Demokratie“ sei.⁸

⁶ Vgl. Bernhard Vogel: *Sorge tragen für die Zukunft. Reden 1998-2002*. Berlin 2002 (Ch. Links Verlag), S. 22.

⁷ Vgl. Roger Eatwell/Matthew Goodwin: *National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy*. London 2018 (Pelican Books), S. 118.

⁸ Siehe für Sachsen den „Sachsenmonitor 2018“, Kapitel *Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie* (<https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html>).

Die Deutschen sind zufrieden mit dem Grundgesetz und dem parlamentarisch-repräsentativen System, das auf diesem Fundament errichtet wurde. Allerdings glaubt eine Mehrheit von ihnen, Volksabstimmungen führten zu besseren Entscheidungen als Beschlüsse von Parlamenten. Am stärksten ausgeprägt ist diese Ansicht bei Anhängern der rechtspopulistischen AfD (86%) und bei Wählern ohne Parteipräferenz (58%), am schwächsten bei den Anhängern der (ehemaligen?) Volksparteien CDU/CSU (41%) und SPD (42%).⁹

1. Was ist „Populismus“?

1.1. Populismus als Methode

Populismus ist keine systematisch ausformulierte Ideologie, sondern eher eine politische Methode, die für sich in Anspruch nimmt, den wahren Willen des Volkes zu artikulieren und durchzusetzen. Ideologie kommt ins Spiel, wenn es um die (nur scheinbar triviale) Frage geht, was unter „Volk“ zu verstehen ist. Auch die Frage, wie man den (wahren) Willen dieses Kollektivs ermittelt, ist gar nicht so leicht zu beantworten. Das Brexit-Referendum von 2016 illustriert dieses Problem: Das Volk hat gesprochen – aber was hat es gesagt? Wollte es einen knallharten, einen mittelharten oder einen weichen Brexit? Wollte es in der Zollunion bleiben oder nicht? Wollte es noch einmal zum Ergebnis der Austrittsverhandlungen befragt werden? Noch grundlegender: Welches Volk hat da eigentlich gesprochen? Ist es demokratisch, dass die Mehrheit der Engländer die Mehrheit der Schotten überstimmen kann? (Im Vereinigten Königreich gelten Engländer und Schotten nach wie vor als distinkte Nationen. Jede hat eine eigene Fußball-Nationalmannschaft; zusammengehalten werden sie durch den „Act of Union“ von 1707, doch schottische Nationalisten treten heute für die Auflösung dieser Union ein.¹⁰) Solche Fragen bilden eine höchst komplexe Melange. „Ja/Nein“-Antworten helfen da überhaupt nicht weiter. Der Sinn demokratischer Repräsentation besteht nicht zuletzt darin, dass Regierungen und Parlamente derart verschlungene Knoten mit Sachkunde und Sachlichkeit aufzuschnüren versuchen.

⁹ Infratest dimap: *70 Jahre Bundesrepublik und Grundgesetz 2019, Umfrage vom 27. Februar bis zum 16. März 2019* (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/grundgesetzstudie/>).

¹⁰ So gesehen, ist der Brexit nur ein politisches Ziel von England und Wales. Staats- und völkerrechtlich korrekt könnte dieses Ziel auch durch einen geregelten Abschied dieser beiden Nationen vom Vereinigten Königreich erreicht werden; damit würde Rest-Großbritannien, entsprechend dem Willen der meisten Schotten und Nordiren, in der EU bleiben können.

Der populistische Anspruch, dem (wahren) Willen des Volkes Gehör und Geltung zu verschaffen, kollidiert mit der Wirklichkeit von Wahlergebnissen. Entweder schaffen populistische Parteien es nur, eine Minderheit von Wählern auf ihre Seite zu ziehen, oder sie müssen – wenn sie eine Mehrheit für sich gewinnen – mit der Tatsache leben, dass große Teile des Volkes sie nicht gewählt haben. Die 48 Prozent der Briten, die gegen den Brexit gestimmt haben, lassen sich weder als abgehobene Elite noch als vaterlandslose Gesellen oder unbritische Fremdlinge abtun. Hier hilft ein Trick, den wir schon bei Marxisten seligen Angedenkens kennengelernt haben. Kommunisten konnten damit leben, dass Proletarier nicht für sie stimmten, indem sie einfach behaupteten, diese Wähler hätten ein „falsches Bewusstsein“ – sie seien blind für ihre wirklichen Interessen. Analog behaupten Rechtspopulisten gern, sie sprächen zwar nicht „für *alle* Polen, Franzosen oder Ungarn“, aber doch „für alle ‚*wahren* Polen‘, alle ‚*wahren* Franzosen‘, alle ‚*wahren* Ungarn““. So verwandeln Populisten „die Demokratie aus einem Instrument der Inklusion in eines des Ausschlusses“¹¹ – ja der Spaltung, wie man im Blick auf die USA, Großbritannien oder Frankreich hinzufügen könnte.

Ich möchte sogar noch weiter gehen und behaupten, dass Polarisierung zu den wichtigsten Instrumenten der populistischen Methode gehört. Warum ist das so? Traditionelle, auf Repräsentation bauende Politik unterscheidet zwischen „richtig“ und falsch“ in der Sache, populistische Politik zwischen „loyal“ und „illoyal“ gegenüber dem Volk. Die Teilnehmer am traditionellen politischen Wettbewerb setzen rationale Argumente und emotionale Botschaften ein, um Wähler in möglichst großer Zahl davon zu überzeugen, dass ihre Lösungsvorschläge besser und ihre Kandidaten kompetenter sind als die Lösungsvorschläge und Kandidaten der politischen Konkurrenz. Wenn sie nach der Wahl auf Koalitionen mit der politischen Konkurrenz angewiesen sind, bemühen sie sich, möglichst viel vom eigenen Programm durchzusetzen. Am Ende steht dann ein Kompromiss – nicht ganz richtig, aber auch nicht ganz falsch. Populistische Politik folgt dagegen einer anderen Logik: Wer nicht für das Volk ist, ist gegen das Volk. Entweder du dienst dem wahren Willen des Volkes – oder du bist ein Verräter. Die binäre Logik von „Loyalität“ und „Verrat“ ist eine Spielart der Basisunterscheidung zwischen „Freund“ und „Feind“. Die Begriffe „Freund“ und „Feind“

¹¹ Ivan Krastev: *Europadämmerung*. Berlin 2017, S. 86f. Hervorhebungen von mir.

markieren, so betont Carl Schmitt, „keine normativen und ‚rein geistigen‘ Gegensätze“; im „konkreten, existenziellen Sinn“ bezeichnen sie vielmehr eine „*kämpfende* Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht“. ¹² Der Kampf beider Gesamtheiten ist ein Überlebenskampf. Sieg und Niederlage können nur vollständig sein. Der Unterlegene muss sich fügen.

Polarisierung fördert den Kult der starken Persönlichkeit. Was den Marxisten-Leninisten die Partei-Avantgarde war, die dem Proletariat zu einem Sieg verhelfen sollte, den viele Proletarier gar nicht wollten, ist den Populisten der Volkstribun, der das „wahre Volk“ vertritt, ja verkörpert. Abdelaziz Bouteflika, der 2019 aus dem Amt getriebene algerische Staatspräsident, hat diesen Gedanken in geradezu klassischer Weise formuliert: „Je suis l’incarnation du peuple algérien.“ ¹³ („Ich bin die Inkarnation des algerischen Volkes.“) Das heißt im Umkehrschluss: Opposition gegen mich ist Opposition gegen das Volk.

1.2. Demos – Ethnos – Laos

Lassen Sie mich – im Interesse größtmöglicher begrifflicher Klarheit – mit ein paar Anmerkungen zur schillernden Semantik des Wortes „Volk“ beginnen. Der sprachliche Zusammenhang ist offensichtlich: Die lateinische Wurzel „populus“ – Volk – steckt im Wort „Populismus“ ebenso wie in den Worten „populär“, „Popstar“ oder „popularisieren“. Sie verbirgt sich übrigens auch in den Worten „Publikum“ und „Republik“. Deshalb kann Cicero in seinem Buch „De re publica“ schreiben: „*res publica res populi*“ – „Das Gemeinwesen ist die Sache des Volkes“. Ein demokratischer Politiker, der nicht „dem Volk aufs Maul schaut“, hat seinen Beruf verfehlt. Ein demokratischer Politiker, der immer nur dem Volk nach dem Munde redet, allerdings auch.

Das deutsche Wort „Volk“ hat drei verschiedene Bedeutungsebenen, die wir sorgfältig auseinanderhalten sollten. Diese drei Bedeutungsebenen entsprechen den griechischen Bezeichnungen **Demos**, **Ethnos** und **Laos**.

¹² Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*. 6. Aufl., 4. Nachdruck der Ausgabe von 1963, Berlin 1996, S. 28f. Hervorhebung im Original.

¹³ Zitiert nach *Bouteflika, poussé à la démission par la rue après deux décennies au pouvoir*. Le Point Online vom 1. April 2019 (https://www.lepoint.fr/monde/bouteflika-l-homme-de-paix-accuse-de-s-accrocher-au-pouvoir-01-04-2019-2305110_24.php).

Drei Bedeutungen des Wortes „Volk“

ΔΗΜΟΣ – Demos: Das Staatsvolk (lat. *populus*)

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ (Art. 20 Abs. 2 GG)

ΕΘΝΟΣ – Ethnos: Die Völkerschaft (lat. *gens*)

„deutsche Volkszugehörigkeit“ (Art. 116 Abs. 1 GG)

ΛΑΟΣ – Laos: Das einfache Volk (lat. *plebs, vulgus*)

„Volksschule“ (Art. 7 Abs. 5 GG)

Der **Demos** (lat. *populus*) ist das Volk im staatsrechtlichen Sinne: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in Art. 20 Abs. 2 GG. Der Demos ist Träger der Demokratie, er konstituiert die Republik. In diesem Sinne fährt Cicero fort: „Ein Volk [*populus*] ... ist nicht jede irgendwie zusammengescharte Ansammlung von Menschen, sondern diejenige Ansammlung einer Menge, welche in der Anerkennung des Rechtes und der Gemeinsamkeit des Nutzens vereinigt ist.“ „Anerkennung des Rechtes“ und „Gemeinsamkeit des Nutzens“ – diese Formeln definieren den Demos als Verfassungs- und Interessengemeinschaft. In Deutschland gehört jeder zum Demos, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Versteht man unter „Volk“ den Demos, dann sind die Sätze „Ich bin Deutscher“ und „Ich bin Bürger der Bundesrepublik Deutschland“ gleichbedeutend.

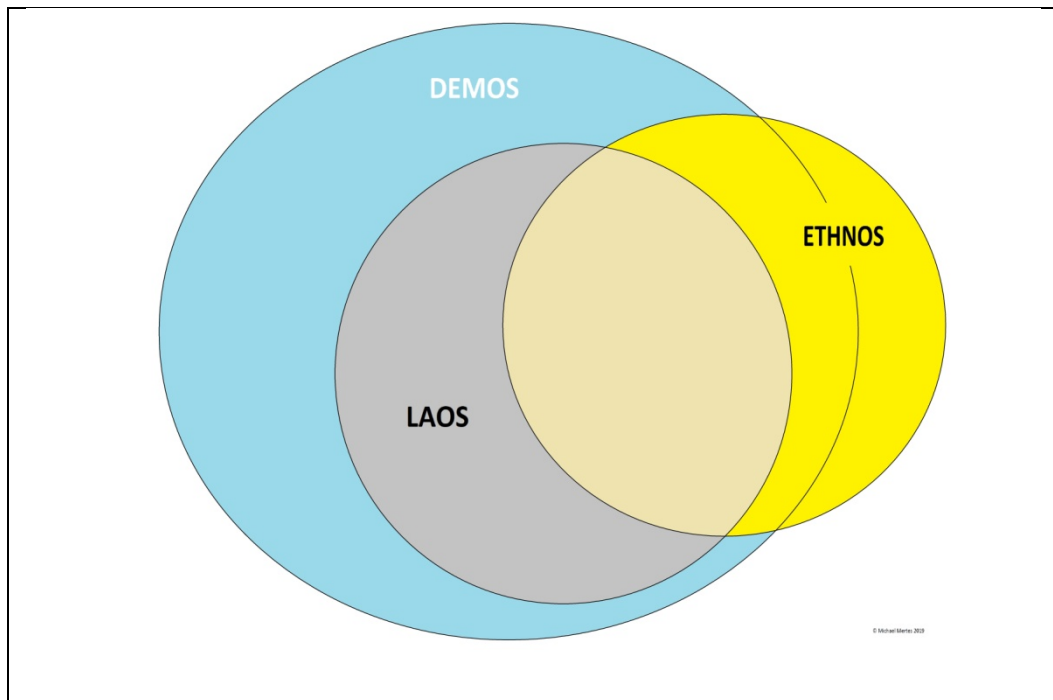
Demgegenüber hat das **Ethnos** (lat. *gens*) exklusiven Charakter. Eine Staatsangehörigkeit kann man erwerben oder aufgeben – eine Volkszugehörigkeit nicht, jedenfalls nicht ohne Weiteres. Das Ethnos ist durch gemeinsame Abstammung (genauer: durch den Mythos einer gemeinsamen Abstammung), durch gemeinsame Sprache und Kultur sowie durch gemeinsame Bindung an bestimmte Landschaften definiert. Früher hätte man gesagt: „Blut und Boden“. Wir verwenden heute nicht mehr das durch nationalsozialistischen Gebrauch kontaminierte Adjektiv „völkisch“ (höchstens in einem wertenden Sinne, nämlich zur Kennzeichnung rechtsextremistischer Ideologien), sondern sagen „ethnisch“.

Das Volk im ethnischen Sinne ist eine gewachsene Gemeinschaft – es ist das Volk der Folklore, der Volkslieder, der Volksmusik, der Volkspoesie, der Volksmärchen. Die Vorstellung von der gemeinsamen Abstammung drückt sich in Sprachbildern aus, die Verwandtschaft suggerieren: Vaterland, Muttersprache. Die Älteren unter den hier Anwesenden werden sich gewiss noch daran erinnern, dass im Westen Deutschlands vor 50 Jahren die Formel „Unsere Brüder und Schwester in der Ostzone“ gebräuchlich war. Das Grundgesetz spricht in seinem Art. 116 von Personen „deutscher Volkszugehörigkeit“ – also von ethnischen Deutschen aus dem Osten des Kontinents (auch „Volksdeutsche“ genannt). Diese Personen kamen erst als Flüchtlinge und Vertriebene, dann als Spätaussiedler in die Bundesrepublik und wurden durch unsere Verfassung den Inhabern der deutschen Staatsangehörigkeit gleichgestellt.

Und schließlich der **Laos** (lat. *plebs*). Wir verwenden dieses Wort, ohne uns dessen bewusst zu sein, wenn wir von „Laien“ sprechen. Laien sind das Gegenstück zum Klerus, zu den Fachleuten, zur Elite. Das Wort Laos bezeichnet das „einfache Volk“, den „Mann auf der Straße“, den „Herrn Omnes“ (wie unter anderem Luther sagte), die „normalen Leute“. Es bezeichnet das Volk des Volkswagens, der Volksbanken, der Volksaktien, der Volkshochschulen, der Volksbüchereien, der Volksfeste, des Volksmundes. Zur populistischen Folklore der USA gehört der anständige weiße „hard-working man“, der sich seinen Lebensunterhalt im Schweiß seines Angesichts redlich verdient – im Gegensatz etwa zu den im Luxus schwelgenden New Yorker Börsianern, die als Spekulanten eine parasitäre Existenz auf seine Kosten führen. Das Verständnis von „Volk“ als Laos hat ebenfalls seinen Platz im Grundgesetz – dort nämlich, wo von „Volksschulen“ die Rede ist (Artikel 7). Von ihren historischen Ursprüngen her dienten Volksschulen ja dem Ziel, der breiten Masse ein Minimum an Bildung – Lesen, Schreiben, Rechnen – zugänglich zu machen. Bildung sollte nicht mehr nur ein Privileg der aristokratischen und bürgerlichen Eliten sein.

Zwischen Ethnos und Laos gibt es große Überschneidungen. So zum Beispiel gehört, was wir als „Volkskultur“ bezeichnen, sowohl zur Sphäre einer ethnischen Gemeinschaft wie zur Sphäre der breiten Bevölkerung. Eine bemerkenswerte Kombination von Laos und Demos steckt im Wort „Volksdemokratie“, mit dem die Staaten des einstigen Warschauer Pakts ihr eigenes System bezeichneten. Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Volksdemokratie

sei ein weißer Schimmel; aber die Pointe liegt in der Behauptung, dass nur diese Art der Demokratie dem einfachen Volk – den Arbeitern und Bauern – dient.



1.3. Rechts- und Linkspopulismus

Warum ist es so wichtig, die verschiedenen Bedeutungen des Wortes „Volk“ zu kennen?
Zunächst einmal: Weil populistische Politiker – bewusst oder unbewusst – mit diesen Ambivalenzen spielen.

- Vor bald 30 Jahren, im Herbst 1989, skandierten Demonstranten in Leipzig, Dresden und anderswo: „Wir sind das Volk!“ Mit „Volk“ war der Demos gemeint, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, und dann auch der Laos, der sich gegen die herrschende DDR-Elite wandte.
- Bei den „Pegida“-Demonstrationen seit 2014 erscholl wieder der Ruf „Wir sind das Volk!“ Erneut wurde der Anspruch erhoben, den Laos zu repräsentieren – nunmehr gegen die Bundesregierung und gegen die EU –, aber daneben (vielleicht sogar: zuvörderst) artikuliert sich in diesem Satz das Ethnos: die exklusive Volksgemeinschaft, die das Eigene gegen das Fremde verteidigt. Wenn zwei das Gleiche *sagen*, ist es noch lange nicht das Gleiche. Auf den Kontext kommt es an.

Begriffliche Klarheit bei der Verwendung des Wortes „Volk“ ist aber auch wichtig, um den Unterschied zwischen Links- und Rechtspopulismus zu verstehen. Bevor wir das tun, sollten wir kurz einen Blick auf die Unterschiede zwischen populistischer und traditioneller Politik werfen:

Abgrenzung Populismus/ „Traditionelle“ Politik		
	Populismus	„Traditionelle“ Politik
Träger/Subjekte der Politik	„Normale Leute“ (Laos)	Staatsvolk (Demos)
Kriterium/Ziel richtiger Politik	Durchsetzung des Willens der „normalen Leute“; direkte Demokratie	Legitimation durch Verfahren und Institutionen; repräsentative Demokratie
Gegner/Feinde	„Abgehobene Eliten“	„Verfassungsfeinde“

© Michael Mertes 2019

- **Traditionelle Politik** setzt auf geordnete Verfahren im Rahmen rechtsstaatlich verfasster Institutionen, deren Akteure demokratisch – durch den Demos – legitimiert sind. Kurzum, sie bevorzugt die Repräsentation. Die politischen Konkurrenten sind Gegner, nicht Feinde. Als Feinde betrachtet traditionelle Politik diejenigen, die die verfassungsmäßige Ordnung umstürzen wollen.
- **Populistische Politik** sieht sich vor allem als Anwältin des Laos. Sie bevorzugt Formen der direkten Demokratie als wirksamstes Mittel, den „Willen des Volkes“ – verstanden als Willen der „normalen Leute“ – zur Geltung zu bringen. Gegner oder Feinde sind die „abgehobenen Eliten“; diese versuchen (angeblich), mit Hilfe von staatlichen Institutionen sowie von Medien, die ihrer Kontrolle unterliegen, die eigenen Interessen auf Kosten des einfachen Volkes durchzusetzen.

Wenn wir die linken und rechten Varianten des Populismus unter die Lupe nehmen, stellen wir fest, dass es unterschiedliche Interpretationen dessen gibt, was den Laos ausmacht, wie eine Laos-freundliche Gesellschaft aussehen sollte und wer die Gegner sind, die es auf dem Weg dorthin zu bekämpfen gilt. Ich kann das hier nur in ganz groben Zügen skizzieren:

Abgrenzung Populismus/Radikale Linke und Rechte

	Radikale Linke	Populismus	Radikale Rechte
Träger/Subjekte der Politik	„Unterprivilegierte“/ Laos – verbündet mit Avantgarde	„Normale Leute“ (Laos)	Ethnos/Laos – verbündet mit starken Anführern
Kriterium/Ziel richtiger Politik	Soziale Gleichheit, „klassenlose Gesellschaft“	Durchsetzung des Willens der „normalen Leute“	Reinheit des „Volkskörpers“, „Volksgemeinschaft“
Gegner/Feinde	„Kapitalismus“, ökonomischer Neoliberalismus	„Abgehobene Eliten“, „Globalismus“	„Multikulturalismus“, gesellschaftlicher Linkliberalismus

© Michael Mertes 2019

- Auf der linken Seite gehören vor allem die „Unterprivilegierten“ und Diskriminierten zum Laos, auf der rechten Seite Mitmenschen aus dem eigenen Ethnos.
- Linkspopulisten wollen eine „klassenlose“, egalitäre Gesellschaft. Rechtspopulisten wünschen sich eine „Volksgemeinschaft“, in der die Angehörigen des eigenen Ethnos möglichst unter sich bleiben.
- Für Linkspopulisten heißen die Feinde „Kapitalismus“ und ökonomischer Neoliberalismus, „G-20“ und „TTIP“. Für Rechtspopulisten sind es „Multikulturalismus“ und gesellschaftlicher Linkliberalismus, die Fremden (jedenfalls dann, wenn deren Zahl ihnen bedrohlich groß vorkommt) und die (abfällig so genannten) „Gutmenschen“, die mit dem Instrument der „politischen Korrektheit“ ihre Gegner angeblich mundtot zu machen versuchen.

Links- und Rechtspopulisten sind keine geborenen Extremisten, aber viele ihrer Positionen sind zu den Extremen von links und rechts anschlussfähig. So ermöglicht der Ethnos-betonte Volksbegriff von Rechtspopulisten fließende Übergänge zu „völkischen“ Denkweisen; die populistische Basisunterscheidung zwischen „Loyalität“ und „Verrat“ begünstigt die Vorstellung, dass auf der anderen Seite der Barrikade „Volksfeinde“ stehen: Das eigene Ethnos befinde sich in einem historischen Überlebenskampf gegen fremde Ethnien, und die „Volksfeinde“ hätten sich zum Ziel gesetzt, diesen Ethnien durch „Umvolkung“ zum Sieg zu verhelfen.

Extreme können sich bekanntlich berühren – wie die zusammengedrückten Enden eines Hufeisens. Dafür bietet die französische „Gelbwesten“-Bewegung ein anschauliches Beispiel: Sie umfasst fanatische Nationalisten ebenso wie fanatische Anarchisten. Die globalisierungskritische Organisation „Attac“ ruft „Stoppt TTIP!“ – und der globalisierungskritische Präsident Trump erfüllt ihr diesen Wunsch. Kapitalismuskritik gilt traditionell als linke Domäne, aber Anschuldigungen gegen „Plutokraten von der Wall Street“ und gegen die amerikanische „Ostküstenpresse“ sind fester Bestandteil rechtsextremer Wahnvorstellungen von einer „jüdischen Weltverschwörung“.

1.4. Eine kurze Geschichte des Populismus

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein paar Worte zur Geschichte des Populismus sagen. Wie ich bereits andeutete, gehört eine Portion Populismus unausweichlich zum demokratischen Wettbewerb. Wer gewählt werden will, bemüht sich um Popularität bei den „normalen Leuten“, weil sie nun einmal die Masse des Wahlvolks ausmachen. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden – im Gegenteil, der friedliche Wettbewerb um Mehrheiten ist ja das Lebenselixier der Demokratie.

In der Spätphase der Römischen Republik standen einander – sehr verkürzt gesagt – zwei Gruppierungen im Senat gegenüber, die „Optimaten“ und die „Popularen“. Die Optimaten waren – wiederum sehr verkürzt gesagt und in heutiger Sprache formuliert – konservative Vertreter der römischen Oberschicht, der Nobilität. Sie verteidigten die Vorrangstellung des Senats bei allen Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die Republik. Die Popularen dagegen stützten sich auf die Volksversammlung. Sie machten sich beim einfachen Volk

beliebt durch Sozialprogramme, insbesondere die Verteilung von Getreide an die *plebs*. Die Popularen waren sicher keine Populisten im heutigen Sinne, aber es gibt ein paar interessante Parallelen. Die wichtigsten Repräsentanten populärer Politik im alten Rom gehörten der Oberschicht an – das berühmteste Beispiel ist Gaius Julius Cäsar. Ein vergleichbares Phänomen begegnet uns bei heutigen Repräsentanten populistischer Politik: Der amerikanische Präsident Donald Trump ist Milliardär, und die Hauptprotagonisten des Brexit, Boris Johnson und Jacob Rees-Mogg, stammen aus der englischen *upper class*. Der Medienunternehmer und Multi-Milliardär Rupert Murdoch, weltweit einer der erfolgreichsten Vertreter seiner Branche, unterstützt populistische Politiker auf der rechten Seite des politischen Spektrums, vor allem auch durch ihm gehörende Boulevard-Zeitungen (*The Sun*) und Fernsehsender (*Fox News*).

In dem sehr witzigen Buch „The Story of Brexit“¹⁴ fand ich eine hübsche Darstellung dieses Phänomens. Wir sehen zwei Adelige aus dem 18. Jahrhundert im Gespräch. Ihre Kleidung entspricht neuester höfischer Mode, ihre Pose ist hochmütig. Der Text dazu lautet: „Montmorency De Douchelord Ponsonby-Fring und sein Freund Sir William Du Flournay waren froh, dass die Bevölkerung für den Austritt gestimmt hatte. Wie so viele Landbesitzer, Zeitungsbarone, Hedgefonds-Manager, rebellische Hinterbänkler, ausländische Milliardäre und russische Oligarchen fanden sie, es sei höchste Zeit gewesen, dass das Volk Britanniens die Chance erhielt, der abgehobenen Elite eine unmissverständliche Botschaft zu senden.“¹⁵

Als Vorreiter des neuzeitlichen Populismus gelten die USA. Die *People's Party* – auch *Populist Party* genannt – war von Ende des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts (1892-1908) aktiv. Sie stützte sich auf ein gesellschaftliches Bündnis, dem vor allem Farmer angehörten. Gegründet wurde die *Populist Party*, um für die Interessen des anständigen weißen „hard-working man“ eine Gegenmacht zu den damaligen Eliten (Eisenbahngesellschaften, Banken, Großunternehmen und Politiker im Dienst dieser wirtschaftlichen Mächte) aufzubauen. Der Soziologe Michael Zöller hat darauf hingewiesen, dass sich der US-amerikanische Populismus auch aus einer kulturellen Quelle speist, nämlich dem Protestantismus. Die Reformatoren

¹⁴ J.A. Hazeley und J.P. Morris: *The Story of Brexit*. London 2018 (Penguin/Ladybird Books), S. 26f.

¹⁵ „Montmorency De Douchelord Ponsonby-Fring and his friend Sir William Du Flournay were glad the public voted Leave. / Like so many land-owners, newspaper-barons, hedge fund managers, firebrand back-bench M.P.s, ex-pat billionaires and Russian oligarchs, they thought it was high time the ordinary people of Britain got a chance to send a strong message to an out-of-touch elite.“

lehrten, dass der einzelne Christ keiner priesterlichen Hierarchie bedarf, um das Evangelium zu verstehen; jeder habe einen unmittelbaren Zugang zu den Wahrheiten der Heiligen Schrift. Ebenso wenig brauche ein gesetzestreuer amerikanischer Bürger den säkularen Klerus von Juristen, Leitartiklern und Berufspolitikern, um die amerikanische Verfassung zu verstehen.¹⁶

Populistischer Politik haftet immer ein Element von Protest und Rebellion an. Das bekannteste europäische Beispiel aus der Nachkriegszeit ist der französische „Poujadismus“ – eine Bewegung, die in den frühen 1950er-Jahren Furore machte. Ihr Namensgeber, der Ladenbesitzer Pierre Poujade, gründete die Protestpartei „Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker“, die es bei der Wahl zur Nationalversammlung 1956 auf beachtliche 11,6 Prozent brachte. Der jüngste Abgeordnete dieser Partei war übrigens ein gewisser Jean-Marie Le Pen. Vor dem Aufstieg der AfD waren in Deutschland vor allem die 1983 gegründeten „Republikaner“ als Protestpartei erfolgreich. Sie schafften allerdings nie den Einzug in den Deutschen Bundestag – das gelang erst der AfD 2017.

2. Was sind die Entstehungsbedingungen des Populismus?

In den letzten zwei bis drei Jahren hat es viele verschiedene Versuche gegeben, den weltweiten Erfolg populistischer Parteien und Bewegungen erklären. Es würde den Rahmen meines Vortrags sprengen, wollte ich jede dieser Thesen – die einander zum Teil widersprechen – heute Abend referieren. Stattdessen begnüge ich mich mit einer Auswahl, die natürlich meine eigenen Präferenzen widerspiegelt.

Die allermeisten Erklärungen interpretieren den Aufstieg des heutigen Populismus – nennen wir ihn „Populismus 2.0“ – als Folge der Globalisierung seit dem Ende des Kalten Krieges, also seit den frühen 1990er-Jahren. Aber mit dieser allgemeinen Feststellung endet bereits der Konsens. Was wir als „Globalisierung“ bezeichnen, hat drei Effekte, auf die es hier ankommt: **ökonomische, politische und kulturelle.**

¹⁶ Michael Zöllner a.a.O., S. 22.

2.1. Die ökonomische Dimension

Wer die Ursachen des Populismus in der **ökonomischen** Sphäre, also bei den Auswirkungen der Globalisierung auf einzelne Volkswirtschaften sucht, kann darauf hinweisen, dass in den Industrieländern während der vergangenen Jahre, vor allem infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Mit Unverständnis und Wut registrieren „normale Leute“, dass von den finanzwirtschaftlichen Eliten, die für die Krise mitverantwortlich waren, die allermeisten mit einem blauen Auge oder einem – womöglich aus Steuermitteln finanzierten – goldenen Handschlag davongekommen sind.

Sorgen vor einem sozialen Abstieg haben auf breiter Front dramatisch zugenommen (zumindest davor, dass es den eigenen Kindern nicht mehr so gut gehen wird wie einem selbst). Linke Parteien, die sich in der Vergangenheit solcher Sorgen – vor allem in der Arbeiterschaft – angenommen haben, werden von den Betroffenen nicht mehr als Anwälte des „kleinen Mannes“ wahrgenommen, sondern als Teil des liberalen Establishments. Dieses Establishment, so lautet der Vorwurf, habe seit der Jahrtausendwende eine Politik der Entfesselung des globalen Kapitalismus und des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen (Stichwort in Deutschland: Hartz IV) betrieben. Gleichzeitig habe es den Einsatz für die Schwachen auf den Schutz diskriminierter Minderheiten beschränkt und so die Interessen der breiten Masse – des Prekariats und der „kleinen Leute“ – aus dem Blick verloren.

2.2. Die politische Dimension

Politisch hatte und hat die Globalisierung zur Folge, dass immer mehr Entscheidungen, die tief in unser aller Leben eingreifen, nicht mehr von nationalen Parlamenten und Regierungen, sondern von externen Akteuren ohne demokratisches Mandat getroffen werden. Schon vor 25 Jahren prognostizierte der französische Politikwissenschaftler Jean-Marie Guéhenno das „Ende der Demokratie“ – jedenfalls der Demokratie, wie wir sie in den vergangenen 200 Jahren gekannt haben.¹⁷ Die uns vertraute Art der Demokratie setzt ein genau definiertes nationales Territorium voraus. Innerhalb dieses Territoriums lässt sich eindeutig bestimmen,

¹⁷ Jean-Marie Guéhenno: *Das Ende der Demokratie*. München 1994 (Artemis & Winkler).

- wer zum Demos, zum Staatsvolk, gehört,
- welche Institutionen legitime Macht ausüben und
- welche Regeln für alle Bürger und alle Institutionen gelten.

Infolge der Globalisierung ist jedoch immer mehr Macht in die transnationale Sphäre ausgewandert. Dort entzieht sie sich der Kontrolle durch demokratisch legitimierte, rechtsstaatliche Institutionen. Das gilt für global agierende Internet- und Medienunternehmen ebenso wie für wie für transnationale Nichtregierungsorganisationen mit hohem Mobilisierungspotenzial. Mobilisiert wird unter anderem gegen Freihandelsabkommen wie Ceta und TTIP, die ihrerseits im Verdacht stehen, demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle außer Kraft zu setzen, zum Beispiel durch private Schiedsgerichte.¹⁸ Desinformationskampagnen als Instrument einer aggressiven Außenpolitik hat es schon immer gegeben, aber wohl noch nie hatten autokratische Regimes so gewaltige Möglichkeiten wie heute, die politische Meinungs- und Willensbildung in anderen Ländern „under cover“ zu beeinflussen – vor allem auch zum Vorteil von Populisten, wie ich hinzufügen möchte.

Das datenkapitalistische Monstrum unserer Zeit hat einen Namen: „GAFA“ – die Abkürzung steht für „Google – Amazon – Facebook – Apple“. Große Internet-Unternehmen zahlen wenig oder kaum Steuern, verletzen systematisch die Privatsphäre von Bürgern, bieten Kriminellen – von Kinderschändern bis zu Terroristen – eine Plattform und mischen sich in die staatliche Politik ein. Angesichts dieser Kombination von Machtfülle und Verantwortungslosigkeit muss ich an Lord Actons berühmtes Dictum denken: „Macht neigt dazu, [ihre Inhaber] zu korrumpieren, absolute Macht korrumpiert absolut.“ Nur eine einige und starke EU ist noch in der Lage, die Demokratie gegen Bedrohungen durch digitale Supermächte zu verteidigen. Doch ausgerechnet die EU wird von vielen Bürgern als Teil des Globalisierungs- und Entdemokratisierungsprozesses wahrgenommen. Dabei sind die Regierungen aller Mitgliedstaaten über den Rat an der europäischen Gesetzgebung beteiligt. Ein Grund für diese Fehlwahrnehmung ist in den nationalen Hauptstädten zu suchen:

¹⁸ Vgl. Marcus Jung: *Schiedsverfahren sind besser als ihr Ruf*. FAZ Online vom 9. November 2016 (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/ttip-ceta-schiedsverfahren-sind-besser-als-ihr-ruf-14519068.html>).

Regierungen lenken gern von eigener Verantwortung ab, indem die sie Schuld auf „Brüssel“ schieben.

Wie auch immer – die Reaktion auf all diese Entwicklungen ist ein intensives Verlangen nach Rückgewinnung der Kontrolle durch die Bürger über das eigene Leben, das eigene Gemeinwesen. „Let’s take back control“ – frei übersetzt: „Wir wollen wieder selbst bestimmen“ – ist der vielleicht schlagkräftige Slogan der Brexit-Befürworter gewesen. Ich sehe durchaus, dass der dahinter stehende Impuls ur-demokratisch ist. In Großbritannien können wir dieser Tage aber auch beobachten, dass der Wunsch nach Wiederherstellung der Kontrolle zu einem dramatischen Kontrollverlust führen kann, wenn der Wille zum Kompromiss, den Populisten gern als Verfälschung des Volkswillens verachten, abhanden gekommen ist.

2.3. Die kulturelle Dimension

Die dritte Gruppe von Effekten der Globalisierung ist – im weitesten Sinne – **kultureller** Art. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, heißt es im 5. Buch Mose. In seinem soeben auf Deutsch erschienenen Buch „Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet“ argumentiert der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, nicht die neuen ökonomisch-sozialen Verwerfungen seien Hauptantriebsfeder des Populismus. Vielmehr hätten heute immer mehr Menschen das Gefühl, ihre Identität, ihre Zugehörigkeit, ihre Lebensweise – kurzum: all das, was ihnen besonders am Herzen liegt – werde nicht mehr anerkannt, sondern komme unter die Räder. Ich verwende hier bewusst das Wort „Gefühl“, denn es geht, wie Fukuyama betont, vor allem auch um Emotionen.

Im Hinblick auf den Schutz von Minderheiten hat sich der Begriff „Identitätspolitik“ eingebürgert. Identitätspolitik war bislang eine linksliberale Domäne – sie galt Menschen, die wegen ihrer vom Mainstream abweichenden Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden oder zumindest das Gefühl haben, ständig Opfer von Diskriminierung zu sein. Fukuyama und andere sind der Auffassung, dass der Rechtspopulismus eine eigene Form von Identitätspolitik entwickelt hat. Er stellt die linksliberale Version gewissermaßen von den Füßen auf den Kopf und verspricht Mehrheiten, die sich in ihrer Identität bedroht

fühlen, Schutz vor dem tiefgreifenden kulturellen Wandel, den die Globalisierung in Gestalt zunehmender Migration direkt vor ihre Haustür trägt.

Wenn wir im Westen Europas von „Migration“ reden, denken wir vor allem an *Einwanderung*. Der Erfolg der Brexit-Kampagne in Großbritannien 2016 lässt sich auch „damit erklären, dass seit mehreren Jahren mehr als die Hälfte der Briten folgender Aussage beipflichten: ‚Britannien hat sich in letzter Zeit so stark verändert, dass man es nicht wiedererkennen kann. Manchmal hat man das Gefühl, im Ausland zu sein, und das bereitet mir Unbehagen.‘“¹⁹ Es gibt im Osten unseres Kontinents, ja unseres eigenen Landes, aber auch die Angst vor Identitätsverlust durch *Auswanderung* – und diese Angst fördert ebenfalls die Hinwendung zum Rechtspopulismus. Ivan Krastev hat das vor Kurzem sehr eindringlich so formuliert: „Sieht man im Fernsehen, wie ältere Einheimische in entvölkerten Dörfern, in denen seit Jahrzehnten kein Kind mehr geboren worden ist, gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen demonstrieren, empfindet man Mitleid mit beiden Seiten – den Flüchtlingen, aber auch den alten, einsamen Menschen, die zusehen müssen, wie ihre Welt verschwindet. Wird in 100 Jahren irgendjemand bulgarische Gedichte lesen?“²⁰

2.4. Ursachenmix

Im Rahmen der Ursachenforschung gibt es einen Streit darüber, was den Populismus stärker antreibt: Sind es ökonomisch-materielle, sind es kulturell-immaterielle Gründe? Meines Erachtens ist die Frage falsch gestellt. Beide Arten von Gründen schließen einander nicht aus. Zwischen beiden Arten von Gründen gibt es sogar Wechselbeziehungen. Ich plädiere also gegen ein „Entweder-Oder“ und für ein „Sowohl-Als auch“. Allerdings spricht meiner Überzeugung nach viel für die Annahme, dass kulturelle Gründe vor allem den Rechtspopulismus befeuern.

Im Begriff der „politischen Kultur“ kommt zum Ausdruck, dass es fließende Übergänge zwischen Politik und Kultur gibt. Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei Phänomene und Entwicklungen kurz ansprechen, die in dieser Zwischensphäre liegen und zum Aufstieg des

¹⁹ Ivan Krastev a.a.O., S. 50.

²⁰ Ivan Krastev a.a.O., S. 61f.

Populismus 2.0 beigetragen haben: Das **Internet** und neue Tendenzen der **Erosion des Vertrauens** in vielen Gesellschaften.

Zum Thema „**Internet**“: Bis zur Jahrtausendwende war die Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten eine Einbahnstraße, die „von oben nach unten“ verlief. Die Gewählten hatten trotz dieses Vorteils jedoch nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, sich *direkt* an die Wähler zu wenden. Sie mussten zumeist den Weg über so genannte Torwächter oder Gatekeeper – das heißt die Medien – nehmen. Das Internet hat diese traditionelle Architektur politischer Kommunikation zum Einsturz gebracht. Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten verläuft inzwischen auf einer Zweibahnstraße „von oben nach unten“ *und* „von unten nach oben“. Außerdem haben die Gewählten mittlerweile die Möglichkeit, ihre Botschaften unter Umgehung der Medien direkt an ihre Wähler heranzutragen. Man denke hier nur an die Nutzung von Twitter durch Präsident Trump. Einer aktuellen Studie der „Agentur Dirk Metz Kommunikation“ zufolge sind Mandatsträger der AfD häufiger im Netz unterwegs als Politiker anderer Parteien.²¹

Die schnelle Zweibahn-Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten entspricht dem populistischen Ideal der direkten Demokratie, während die traditionelle – langsame und indirekte – Einbahnkommunikation dem Modell der repräsentativen Demokratie näher steht. Im Frühjahr 1994 prophezeite der damalige US-Vizepräsident Al Gore, das Internet werde ein „neues Athenisches Zeitalter der Demokratie“ hervorbringen.²² Dass das Internet einen gewaltigen *quantitativen* Fortschritt in der politischen Kommunikation zur Folge hatte, ist nicht zu bestreiten. Ob es aber durchgängig die *Qualität* unserer politischen Debatten erhöht hat, wage ich zu bezweifeln. Bemerkenswert finde ich, dass in Deutschland das Renommee von Tageszeitungen und öffentlich-rechtlichen Medien immer noch sehr hoch ist

²¹ Dirk Metz Kommunikation: *Zwischen Bürgernähe und Netzhetze. Nutzung von und Einstellungen zu den sozialen Netzwerken in der Politik*. Online-Studie, Frankfurt a.M. 2019. Siehe auch Friederike Haupt: *Anspucken aus Prinzip*. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 31. März 2019, S. 6.

²² Vice President Al Gore: „I see a new Athenian Age of democracy forged in the fora the GII [Global Information Infrastructure] will create.“ Siehe *Information Superhighways Speech*, International Telecommunications Union, 21. März 1994 (<http://vlib.iue.it/history/internet/algospeech.html>).

– und zwar deutlich höher als das Ansehen des Internets im Allgemeinen und sozialer Medien im Besonderen.²³

Zum Stichwort „**Erosion des Vertrauens**“: Hier lässt sich nahtlos an das soeben Gesagte anknüpfen. Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Medien haben einen guten Ruf zu verteidigen. Das Misstrauen, das ihnen von populistischer oder populismusanfälliger Seite entgegenschlägt, hat mit dem Verdacht zu tun, missliebige, „den Eliten“ nicht ins Konzept passende Informationen würden verschwiegen oder zurechtgebogen. Beispiele dafür, dass Pressestellen und Medien ihrem Informationsauftrag nicht – oder nur unzureichend – nachkommen, gibt es immer wieder. Das bekannteste Beispiel aus jüngerer Zeit ist die verzögerte Berichterstattung über die Kölner Silvesternacht 2015/16.²⁴ Der Fall des SPIEGEL-Starreporters Claas Relotius zeigt, dass die Selbstkontrollmechanismen des Medienbetriebs keineswegs unfehlbar sind. Die ARD hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten mit dem von ihr in Auftrag gegebenen „Framing-Manual“²⁵ einen Bärendienst erwiesen; diese in ihrer Machart ziemlich plumpe Anleitung zur Selbstbeweihräucherung ist gefundenes Fressen für alle, die schon immer wussten, dass das Volk von den „Mainstream-Medien“ und der „Lügenpresse“ manipuliert wird.

Lange Zeit stand die Chiffre „1968“ für die Demontage von Autoritäten durch eine kritische Linke, die alles Althergebrachte ins „Säurebad erbarmungsloser öffentlicher Diskurse“

²³ Vgl. Infratest dimap: *Glaubwürdigkeit der Medien. Eine Studie im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks*. Februar 2018, Folie 29 (<https://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/unternehmen/glaubwuerdigkeitsstudie-2018-100.pdf>).

²⁴ Vgl. – aus einer unübersehbaren Fülle von Analysen – Jan Bielicki: *Warum die Medien so spät über Köln berichteten*. Süddeutsche Zeitung Online vom 7. Januar 2016 (<https://www.sueddeutsche.de/medien/uebergreif-an-silvester-warum-die-medien-so-spaet-ueber-koeln-berichteten-1.2808386>).

²⁵ Siehe https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/02/framing_gutachten_ard.pdf. Vgl. – aus einer unübersehbaren Fülle kritischer Kommentare – Michael Hanfeld: *Es ist Irrsinn, aber es hat System*. Frankfurter Allgemeine Zeitung Online vom 19. Februar 2019 (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/was-das-framing-manual-der-ard-von-elisabeth-wehling-soll-16047741.html>). – Anfang November 2018 wurde bekannt, dass die AfD einem emeritierten Staatsrechtler den Auftrag zu einem Gutachten erteilt hatte, das unter anderem Hinweise für Sprachregelungen zur Vermeidung einer Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz enthielt. So empfiehlt das Gutachten, „extremistische Reizwörter“ wie „Volkstod“ oder „Umerziehung“ zu vermeiden. „Der Gutachter warnt die AfD vor der Verwendung von Begriffen wie ‚Überfremdung‘ und ‚Umvolkung‘, da diese Anhaltspunkte für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz liefern könnten. Er empfiehlt, Pauschalurteile wie ‚Flüchtlinge sind kriminell‘ oder ‚Altparteien sind korrupt‘, die bestimmte Gruppen herabwürdigen, zu vermeiden.“ (Siehe Welt Online vom 2. November 2018, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article183198068/AFD-Vorsicht-bei-Umvolkung-Internes-Gutachten-warnt-Politiker.html>.)

(Jürgen Habermas) steckte. Wir erleben zurzeit ein neues 1968, das sich vom alten in einem wesentlichen Punkt unterscheidet: Die Autoritäten demontieren sich selbst.

„Elitenversagen“ nennt man das heute. Der Missbrauchsskandal erschüttert die Autorität der katholischen Hierarchie in dramatischem Maße – selbst in den Augen regelmäßiger Kirchgänger. Über das Versagen vieler Akteure der Finanzwirtschaft habe ich bereits gesprochen. Durch den so genannten Dieselskandal hat eine ganze Branche, auf die man in Deutschland bislang stolz war, den eigenen Ruf beschädigt.

Neben dem Elitenversagen scheint mir auch das zunehmend gleichgültige, zynische, ja nihilistische Verhältnis vieler Menschen zur Wahrheit die Erosion des Vertrauens zu beschleunigen. Dazu hat sicher auch das Internet beigetragen. Es ermöglicht die blitzschnelle Verbreitung von Falschmeldungen, Lügen und Verschwörungstheorien. Es ersetzt sachliche Diskussionen durch „Shitstorms“, in denen Andersdenkende niedergemacht werden. Auf Fakten kommt es nicht mehr an, sondern nur noch auf Emotionen. Der amerikanische Historiker Timothy Snyder, ein exzellenter Kenner der Sowjetkommunismus und des Nationalsozialismus, warnt zu Recht, dass diese Entwicklung die Fundamente unserer Demokratie bedroht: „Die Fakten preiszugeben heißt, die Freiheit preiszugeben. Wenn nichts wahr ist, dann kann niemand die Macht kritisieren, denn es gibt keine Grundlage, von der aus man Kritik üben könnte. Wenn nichts wahr ist, dann ist alles Spektakel. Die dickste Geldbörse zahlt für die blendendsten Lichter.“²⁶

Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber politischen Entscheidungszentren, die weit weg von der Lebenswirklichkeit der „normalen Leute“ agieren, fällt ebenfalls ins Gewicht. Ivan Krastev spricht vom „Paradoxon der liberalen Demokratie“. Es „besteht darin, dass die Bürger freier sind, sich aber machtloser fühlen.“²⁷ Umfragen zeigen, dass unter den politischen Institutionen lokale Amts- und Mandatsträger das höchste Vertrauen genießen; am unteren Ende der Skala rangiert die EU.²⁸

²⁶ Timothy Snyder: *Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand*. 5. Aufl., München 2018 (C.H.Beck), Seite 65.

²⁷ Krastev a.a.O., S. 88.

²⁸ Vgl. für Sachsen den „Sachsenmonitor 2018“, Kapitel *Vertrauen in die Institutionen der Demokratie* (<https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html>).

3. Welche Zukunft hat der Populismus?

Das Thema „Populismus“ hat so viele Facetten, dass ich nur einen Teil davon ansprechen konnte. Sicher wird uns die Diskussion Gelegenheit geben, offene – oder offen gelassene – Fragen anzuschneiden. Beenden möchte ich meinen Vortrag mit zehn Thesen, die das Gesagte zusammenfassen und einen Blick in die Zukunft wagen:

Erstens: Populismus ist keine bestimmte Ideologie, sondern eher eine politische Methode, die für sich in Anspruch nimmt, den Willen des „einfachen Volkes“ zur Geltung zu bringen – wie auch immer man diesen Willen ermittelt und wie auch immer man das „einfache Volk“ definiert.

Zweitens: Populismus reibt sich an der institutionellen Einhegung des Mehrheitswillen. Zu diesen Beschränkungen gehören die Gewaltenteilung, der Minderheitenschutz und der Zwang zu Kompromissen im komplexen Mehrparteien- und Mehrebenensystem einer Verhandlungsdemokratie. Er missversteht solche Beschränkungen als Vorwände, mit denen „die Elite“ ihre Macht gegen den Willen „des Volkes“ zu behaupten sucht.

Drittens: Populismus ist ein unvermeidliches Ingredienz demokratischer Politik. Auf die richtige Dosis kommt es an.

Viertens: Als politische Methode kann Populismus auch den Machtinteressen von Vertretern der Elite dienen. Das ist eines seiner Paradoxe. Ein anderes Paradox ist, dass der Populismus durch Polarisierung ebenjenes Volk spaltet, dessen wahren Willen er zu artikulieren verspricht.

Fünftens: Demokratische Führungsverantwortung, wie sie vor allem für ein parlamentarisch-repräsentatives System kennzeichnend ist, umfasst die Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen statt nach aktuellen Umfrageergebnissen zu handeln.

Sechstens: Als Protest gedeiht Populismus dort, wo der Eindruck entsteht, die Politik entferne sich zu weit von der Wirklichkeit. Dagegen hilft unter anderem die Stärkung der Kommunen. Auf europäischer Ebene ist immer wieder zu prüfen, ob eine Zentralisierung von Zuständigkeiten unabweisbar nötig ist. Nationale Regierungen dürfen nicht von eigenen Versäumnissen ablenken, indem sie „Brüssel“ dafür verantwortlich machen.

Siebtens: Verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen ist schwer, aber in ihrem eigenen Interesse müssen die unter Druck geratenen Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft selbstkritisch prüfen, wo sie in der Vergangenheit Wasser gepredigt und Wein getrunken haben, wo sie Probleme schöngeredet haben, wo sie aus taktischen Gründen ihrer Verantwortung ausgewichen sind. Politik und Medien dürfen keinen Anlass zum Verdacht geben, dass sie unliebsame Tatsachen verschweigen oder zurechtbiegen.

Achtens: Wir Bürgerinnen und Bürger sollten unsere Informationen nicht nur aus dem Internet beziehen, sondern immer auch aus Qualitätsmedien – von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bis zum „Deutschlandfunk“. Und wir Älteren sollten bei unseren Kindern und Enkeln das Interesse an solide recherchierter Information wecken.

Neuntens: Nachdem während der vergangenen 30 Jahre – seit dem Ende des Kalten Krieges – in der Wirtschaftspolitik das neoliberale und in der Gesellschaftspolitik das linksliberale Paradigma dominiert haben, stellt sich der Populismus 2.0 als eine Art Pendelschlag in die Gegenrichtung dar. Sowohl der Links- als auch der Rechtspopulismus werden mit ihren Forderungen die politischen Agenden der „etablierten“ Parteien beeinflussen. Alle Lebenserfahrung spricht aber dafür, dass das Pendel nach einiger Zeit wieder zurückschwingen wird.

Zehntens: Forderungen, die von Populisten erhoben werden, sind nicht schon deshalb falsch oder richtig, weil sie von Populisten erhoben werden. Es gilt die Mahnung des Apostels Paulus: „Prüft alles und behaltet das Gute!“ (1 Thess 5,21)

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Abraham Lincoln, in dem nach meiner Überzeugung alles steht, worauf es in einer Demokratie entscheidend ankommt: „Eine

Mehrheit, die durch verfassungsmäßige Gegengewichte und Beschränkungen gezügelt wird und sich mühelos dem selbstbestimmten Meinungs- und Empfindungswandel der Bevölkerung anpasst, ist der einzig wahre Souverän eines freien Volkes.“²⁹

*** FINIS ***

²⁹ Aus der First Inaugural Address vom 4. März 1861: „A majority held in restraint by constitutional checks and limitations, and always changing easily with deliberate changes of popular opinions and sentiments, is the only true sovereign of a free people.“